

# Platz abbeck

Nr. 7, 16. Dezember 2014

**DIE LINKE.**  
FRAKTION IM RAT DER STADT KÖLN

**DIE LINKE. Fraktion im Rat der Stadt Köln**

V.i.S.d.P. DIE LINKE., Haus Neuerburg, Gülichplatz 3, 50667 Köln,  
Tel. 221-278 40, Fax 221-278 41, E-Mail: DieLinke@stadt-koeln.de,  
www.linksfraktion-koeln.de

## Selbstverwaltete Willkommenskultur stärken Jetzt handeln für bessere Lebensbedingungen der Flüchtlinge in Köln!

**Köln gewinnt durch die Flüchtlinge, die zu uns kommen. Die meisten werden hier bleiben. Sie machen unsere Stadt größer und jünger. Sie bereichern uns durch ihre Fähigkeiten und Talente, nicht zuletzt auch ökonomisch, wie eine Studie der konservativen Bertelsmann-Stiftung jüngst feststellte.**

Vermehrte Anstrengungen bei Unterbringung und Versorgung sind jetzt bitter nötig. Deshalb haben wir mit Piraten und Deine Freunde einen Antrag eingebracht, der konkrete und relativ schnell umzusetzende Maßnahmen vorschlägt. Außerdem möchte DIE LINKE, dass Einrichtungen, die mehr oder zusätzliche Angebote für Flüchtlinge machen sollen, dafür auch das benötigte Geld erhalten. Alles andere sind Arbeitsaufträge an freie Träger, die diese gar nicht erfüllen können.

Im Augenblick werden die Leitlinien zur dezentralen Unterbringung nicht mehr eingehalten. Wir müssen alles dafür tun, dass sie wieder zur Geltung kommen. Ein wichtiges Instrument dazu sind für DIE LINKE Wohnpatenschaften. Alle in Köln ansässigen Wohnungsunternehmen sollen Wohnungen zur Unterbringung von Flüchtlingsfamilien zu den üblichen Miet- und Nebenkosten zur Verfügung stellen. Wenn jedes Unternehmen nur eine Wohnung an Flüchtlinge vermietet, können 1600 Menschen anständig untergebracht werden und die Stadt spart sogar Geld!

Damit die Wohnungsunternehmen auch etwas davon haben, soll die Verwaltung prüfen, inwieweit sie Engagement für Flüchtlinge würdigen kann, indem sie eine Kennzeichnung, z. B. ein Siegel entwickelt. Mit dieser Kennzeichnung können Unternehmen und Genossenschaften, die Wohnpatenschaften übernehmen, werben. Sie soll aber auch Initiativen für Flüchtlinge aus der Zivilgesellschaft verliehen werden.

Damit die Flüchtlinge und ihre Kinder so schnell wie möglich wieder ein halbwegs „normales“ Leben führen können, sollen Verfahren beschleunigt werden, die sich jetzt über Wochen und Monate hinziehen. Flüchtlinge müssen schneller einen Schul- oder Kitaplatz erhalten, ebenso wie einen Köln-Pass oder ein Schülerticket. Falls das rechtlich möglich ist, sollen die in den Flüchtlingseinrichtungen tätigen Träger einen vorläufigen Köln-Pass ausstellen können. Falls nicht, muss die Verwaltung überlegen, auf welchem Weg die Wartezeit von im Moment 8 Wochen (bei einem Schülerticket z. T. noch länger) stark verkürzt werden kann.

Für die Freizeitbetreuung von Flüchtlingskindern und -jugendlichen in Jugendzentren und Offenen Türen brauchen wir einen Bedarfsplan. Einrichtungen, die im Einzugsbereich von Flüchtlingsunterkünften

liegen, sollen dazu gezielt zusätzliche Angebote schaffen. Aber die Finanzierung muss für die nächsten Jahre gesichert sein. Erst mit einer Ausweitung des Angebots werden Kinder und Jugendliche nicht mehr in Flüchtlingsheimen unter sich bleiben, sondern in Jugendzentren mit anderen Jugendlichen zusammenkommen. So entsteht Normalität.

Bisher müssen sich Flüchtlinge an das Gesundheitsamt wenden, um dort einen Krankenschein zu erhalten. Erst dann können sie einen Arzt aufsuchen. Das führt oft zu tagelangen Verzögerungen. Dieses Verfahren belastet die Kommunen außerdem mit einem hohen bürokratischen Aufwand. DIE LINKE meint: Kranke Menschen gehören zu einem Arzt und nicht auf das Amt! Außerdem kostet diese Bürokratie die Verwaltung nur unnötig Zeit und Geld. Deswegen soll durch Ausgabe einer Krankenversi-



Foto:  
R media base  
H. D. Hey

15 000 Kölnerinnen und Kölner demonstrierten am Sonntag, den 14. Dezember auf der Demonstration von Arsch huh, zu der auch DIE LINKE aufgerufen hatte.



[www.facebook.com/Linksfraktion.Koeln](https://www.facebook.com/Linksfraktion.Koeln) +++ [www.linksfraktion-koeln.de](http://www.linksfraktion-koeln.de)

# DIE LINKE lehnt Flüchtlingsantrag der bürgerlichen Parteien ab

Auf der ersten inhaltlichen Ratssitzung in der neuen Legislaturperiode hatte DIE LINKE angekündigt, für einen möglichst von allen demokratischen Parteien getragenen Flüchtlingsantrag zu werben. Jetzt gibt es zwei: Neben dem der LINKEN, Piraten und Freunde haben auch SPD, Grüne, CDU und FDP einen gemeinsamen Antrag zum Thema gestellt. Wie ist es dazu gekommen?

Seit Monaten hat DIE LINKE einzelne Forderungen entwickelt, mit den Akteuren der Flüchtlingshilfe diskutiert und mit SPD und Grünen gesprochen. Schließlich kristallisierte sich heraus, dass sich die SPD vor der Oberbürgermeisterwahl rechts von der Mitte aufstellen will, um Stimmen aus dem konservativen Lager zu holen. Deswegen enthält der Antrag, ebenso wie das sozialdemokratische Zehn-Punkte-Papier, auch keine konkreten Maßnahmen, die

auskömmlich finanziert sind, sondern beschreibt meistens lediglich den Status Quo. Außerdem sind im bürgerlichen Antrag Forderungen enthalten, die wir auf keinen Fall mittragen wollen.

## Köln kann mehr Flüchtlinge aufnehmen

Zwei davon sollen zu weniger Flüchtlingen in Köln führen. Unsere Stadt solle aufgrund ihrer Wohnungsknappheit weniger Flüchtlinge zugewiesen bekommen als Städte mit Wohnungsleerstand. Außerdem sollen unerlaubt Eingereiste auf die Quote angerechnet werden. DIE LINKE dagegen will, dass Bund und Land ihren finanziellen Verpflichtungen auch für unerlaubt Eingereiste nachkommen, aber nicht deren Zahl in Köln beschränken.

Jetzt müssen in Köln viele neue Wohnungen gebaut werden. Aber das müssten sie auch ohne Flüchtlinge, denn die Stadt wächst und hat das Problem mangelnder preisgünstiger Wohnungen über viele Jahre verschlafen. Dafür hat Köln wesentlich bessere Möglichkeiten der Unterstützung als schrumpfende Städte: einen aufnahmefähigeren Arbeitsmarkt, Beratungsstellen, ein Therapiezentrum und nicht zuletzt eine in weiten Teilen solidarische Bevölkerung.

Ein wichtiges Anliegen der LINKEN fehlt im Antrag der vier anderen Parteien völlig: Die Berufung einer unabhängigen Ombudsperson, die Beschwerden von

Flüchtlingen nachgehen und in Nachbarschaftskonflikten vermitteln soll. Deswegen sollen sich auch Anwohner an sie wenden können. Dadurch könnten bereits im Vorfeld viele Konflikte entschärft und rechten Brandstiftern das Zündelmaterial aus der Hand genommen werden.

Der Viererantrag nennt Institutionen und Systeme, die Flüchtlinge unterstützen sollen. Natürlich ist es nicht falsch, dass Jugendzentren und Offene Türen auch Angebote für Flüchtlinge machen sollen. Während DIE LINKE aber davon ausgeht, dass diese Institutionen dafür zusätzliche Ressourcen brauchen, ist im bürgerlichen Antrag dafür nicht mehr Geld vorgesehen. Das heißt, dass Flüchtlinge erst gar nicht in den Zentren landen werden, weil es keine passgenauen Angebote für sie gibt. Oder es kommt zu einer Konkurrenzsituation und zu einer Verdrängung, was Ressentiments auslösen kann.

## Selbstverwaltung statt Bevormundung

Die Hilfsbereitschaft seitens der Kölner Bevölkerung ist immens. Aus der Stadtgesellschaft heraus haben sich zahlreiche Willkommensinitiativen gegründet, die ihr Handeln selbst planen und bestimmen. Der Antrag der bürgerlichen Parteien stärkt nicht die Willkommenskultur, sondern weist den Bürgerinitiativen Aufgaben zu, wie sie zu arbeiten haben, ohne mit ihnen überhaupt gesprochen zu haben. DIE LINKE dagegen will starke, unabhängige und selbstverwaltete Initiativen. Dem widerspricht die vorgesehene Anbindung an die Bürgerämter.

Die größte Gemeinheit des bürgerlichen Antrags klingt harmlos. Die Umkehr der Beweislast bei den 'unerlaubt Eingereisten' führt dazu, dass eben diese aus Köln wegverteilt werden, obwohl sie vielleicht schon seit Jahren in Köln leben und eventuell ihre Meldepflicht aus Angst vernachlässigt haben. Dieses repressive Verfahren, unter dem am meisten die Gruppe der Roma leiden wird, lehnt DIE LINKE energisch ab, weil es unmenschlich ist!

Jörg Detjen,  
Andrea Kostolnik

## Fortsetzung von Seite 1

cherungskarte das Verfahren bei einem Arztbesuch entbürokratisiert werden, wie schon in Hamburg und Bremen, Rostock oder Bonn.

Die Bereitschaft auf Flüchtlinge zuzugehen und sie beim Start in ihr neues Leben zu unterstützen ist sehr groß bei den Kölnerinnen und Kölnern. Deshalb ist es gerade jetzt wichtig, sie nicht mit ihrem Engagement allein zu lassen, sondern ihnen Rat und auch eine kleine finanzielle Unterstützung für ihre Aktivitäten zu geben. Deshalb unterstützt DIE LINKE, die Idee der Flüchtlingsinitiativen, eine Anlaufstelle zur Unterstützung der Willkommensinitiativen durch den Kölner Flüchtlingsrat und die Freiwilligenagentur einzurichten und mit zwei halben Stellen auszustatten. Sie soll das bürgerschaftliche Engagement durch Information, Vermittlung, Vernetzung und Qualifizierung stärken. Und sie erhält einen Fördertopf, aus dem einzelnen Willkommensinitiativen Gelder für Willkommensfeste u. ä. erhalten können.

Spätestens seit dem Folterskandal in Erstaufnahmeeinrichtungen liegt die Notwendigkeit einer Ombudsperson für Flüchtlinge klar auf der Hand. Er/Sie unterstützt die Flüchtlinge bei der Wahrnehmung ihrer Rechte und vermittelt in Konflikten. Das kann z.B. bei Nachbarschaftskonflikten durch ein Angebot des Runden Tisches und einer Schlichtung geschehen. Wir wollen, dass sie auch für Anwohner ansprechbar ist. Streit und Konflikte kommen überall vor. Sie im Vorfeld zu entschärfen ist politisch klug.

Jörg Detjen, Andrea Kostolnik



Flüchtlinge in Köln

**Hier leben!**  
**Hier lernen – arbeiten**  
**und mitwirken!**



**DIE LINKE.**

[www.die-linke-koeln.de](http://www.die-linke-koeln.de)

# Gesamtschulbewegung in Köln?

„Es gibt in Köln eine Gesamtschulbewegung.“

Mit dieser Feststellung überraschte die Schuldezernentin Klein bei einem Besuch die „Initiative: Mehr Gesamtschulen in Köln“ - i:mgik. Nach der Analyse dieser von der Kölner LINKEN mitgetragenen Initiative hinkt die Gesamtschulentwicklung in der Stadt nach wie vor erheblich hinter dem Bedarf her. Trotz erster eher zaghafter Schritte zur Erhöhung der Platzzahlen stieg die Zahl der an Gesamtschulen abgewiesenen Kinder in diesem Jahr auf 765. Es fehlen also nach wie vor mindestens sieben weitere Gesamtschulen.

Nun hat zwar die Dezernentin mit den erwähnten zaghaften Schritten tatsächlich einiges zur Ausweitung des Kölner Gesamtschulangebots vorzuweisen. 2014 gab es neben einer neuen Gesamtschule in der Innenstadt (Frankstraße/Severinswall) und der Umwandlung zweier Gemeinschaftsschulen in eine Gesamtschule (Ferdinand-/Wuppertaler Straße) mehrere Zügigkeits-

erweiterungen bereits bestehender Gesamtschulen. 2015 werden ein neuer Standort der Gesamtschule Höhenhaus in Dellbrück und weitere Zügigkeitserweiterungen hinzukommen.

Und für die weitere Zukunft gibt es umfangreiche, teilweise aber noch recht unkonkrete Planungen: Inklusive Universitätschule in Ehrenfeld (Helios), eine neue Gesamtschule in Lindenthal und eventuell eine in Weidenpesch (Schmiedegasse) sowie - ebenfalls eventuell - die Umwandlung eines Berufskollegs in der Innenstadt. Und sogar für den Bereich Deutz/Kalk/Vingst wird jetzt, wie schon seit längerem von der i:mgik gefordert, ein Grundstück für einen Gesamtschulneubau immerhin ins Auge gefasst.

Die Realisierung dieser Projekte aber wird sich, sofern sie überhaupt tatsächlich angegangen wird, über Zeiträume von mindestens fünf Jahren erstrecken. Bis dahin werden lediglich kleine Schritte in Form von Zügigkeitserweiterungen möglich sein. Und bis dahin werden somit auch die jährlichen Zahlen der an Gesamtschulen abge-

wiesenen Kinder höchstens minimal sinken - zumindest zunächst aber eher sogar noch ansteigen. Die Nachfrage der Eltern nach Gesamtschulplätzen nimmt jedenfalls kontinuierlich zu. Dies gilt vor allem für 2015, einem besonders starken Übergangsjahrgang.

Trotz der hohen Dringlichkeit hält aber die Dezernentin daran fest, dass in der Ausbauplanung für die Kölner Gesamtschulen „auf Sicht gefahren“ wird. Damit wird also lediglich auf vage Prognosen hinsichtlich künftiger Schülerzahlen abgehoben. Die Resultate der 30-jährigen Verweigerungshaltung der Kölner Gesamtschulpolitik aber bleiben weitgehend ignoriert.

Angesichts dieser Konstellation von einer „Gesamtschulbewegung“ zu sprechen, setzt schon ein gewisses Maß an Realitätsferne voraus. Und so musste sich denn die Dezernentin bei ihrem i:mgik-Besuch für sich und ihr Haus den Vorwurf fehlender Leidenschaft in der Kölner Gesamtschulentwicklung gefallen lassen.

*Oswald Pannes*

## Keine Billiglösung auf Kosten der Kleinsten

Die Betreuungsangebote für Kinder unter drei Jahren sind in den letzten Jahren stark ausgebaut worden. Um Geld zu sparen setzen die anderen Parteien dabei auf die Ausweitung der Tagespflege. Doch die Eltern nehmen das Angebot nicht gut an. Über 700 Plätze sind nicht besetzt.

Um das Angebot attraktiver zu machen, wird jetzt eine überfällige Vertretungsregelung geschaffen. Denn bisher mussten berufstätige Eltern nicht nur daheim bleiben, wenn sie selbst oder das Kind krank waren, sondern auch, wenn die Tagesmutter nicht arbeiten konnte.

Langfristig setzt DIE LINKE auf die Reduktion der Tagespflege, weil diese ein Einfallstor ist, um Standards von Kindertagesbetreuung abzusenken und Kosten zu sparen. Doch solange Eltern wegen fehlender Kitaplätze auf diese Form der Betreuung angewiesen sind, möchten wir deren Qualität so weit wie möglich verbessern. Aus diesem Grund haben wir einen Änderungsantrag von SPD und Grüne, CDU und FDP abgelehnt, der die Aufwendungen für eine neu zu schaffende Vertretungsregelung deckeln wollte.

Auf alle Fälle wird es einen Mix aus gegenseitiger Vertretung der Tageseltern untereinander sowie Minijobs für Springer/innen geben. Sog. Pflegestütz-

punkte von Vollzeitkräften, die im Vertretungsfall im Stützpunkt selbst oder in den gewohnten Räumen erkrankte Tageseltern vertreten, wird es mit dieser Finanzausstattung nicht geben.

DIE LINKE lehnt insbesondere den Ausbau der Großtagespflege ab. Darin betreuen zwei oder mehr Tagespflegepersonen jeweils bis zu neun Kinder in angemieteten Räumen. Was fast aussieht wie ein Kindergarten hat einen entscheidenden Haken: Die Kinder werden in der Tagespflege von Menschen betreut, die gerade einmal eine Qualifikation von 160 Stunden durchlaufen haben. Der Erzieherberuf wird so entwertet.

Neben dem Fachkraftprinzip gelten auch andere für Kitas geltende Mindeststandards wie Außenfläche pro Kind dort nicht. Für bestehende Großtagespflegestellen gilt Bestandsschutz, für weitere möchte DIE LINKE den Einsatz von Fachkräften festgeschrieben haben. Die Erzieher(-innen)ausbildung sollte nicht weiter durch den Tagespflegeausbau entwertet, sondern mehr wertgeschätzt, verstärkt an Hochschulen gelehrt und besser entlohnt werden.



An drei Stellschrauben sollten Anstrengungen unternommen werden, um die Qualität in der Kindertagesbetreuung merkbar zu verbessern: kleinere Gruppen, höher qualifiziertes Personal und eine verbesserte Fachkraft-Kind-Relation. Hier weiter Sparpolitik zu betreiben heißt, am falschen Ende zu sparen.

*Dr. Carolin Butterwegge*

# Aus den Bezirken

## ■ RODENKIRCHEN

### Ortsbegehung mit dem Bürgerverein Zollstock

Am 11. Oktober 2014 fand zum zweiten Mal in diesem Jahr eine Ortsbegehung mit dem Bürgerverein, Mitgliedern der Bezirksvertretung Rodenkirchen und der Polizei statt. Es sollten alte Punkte aus der letzten Begehung und neue Punkte besprochen werden.

Die Tour begann an der Geschäftsstelle des Bürgervereines, wobei Manfred Braun, Mitglied des erweiterten Vorstandes, darauf aufmerksam machte, dass vor der Geschäftsstelle bald sog. „Haarnadeln“ – Fahrradabstellplätze – aufgestellt werden. Der Bedarf, so Braun, sei hier auch vorhanden.

Am Zollstockgürtel wies Manfred Braun darauf hin, dass es dort nur einen Fahrradweg, der überdies auch nur in eine Richtung befahren werden darf, gibt. Hier stellt sich die Frage, ob der Fahrradweg nicht in beide Richtungen befahren werden kann. Vom Zollstockgürtel ging die Tour weiter zum Kalscheurer Weg, auf dem auf der neuen Fahrbahndecke insbesondere ein Schutzstreifen für Fußgänger und Radfahrer angebracht wurde. Weiterhin gibt es das Problem des Linksabbiegens vom Höninger Weg auf den Zollstockgürtel. Wie bestellt bog ein LKW verbotswidrig – unter den Augen der Teilnehmer – vom Höninger Weg auf den Zollstockgürtel. Nicht ohne freundlich dabei zu grüßen ...

Das Thema Vorgebirgsstraße bzw. die Begrenzung der Geschwindigkeit auf Tempo 30 km/h, zumindest in den Nachtstunden, wurde erneut zum Thema. Die Meinung dazu ist auch im Bürgerverein durchaus unterschiedlich. Am Höninger Weg in Höhe des Zollstockweges brachte der stellvertretende Bezirksbürgermeister, Christoph Schykowski, den Vorschlag eines zeitlich begrenzten Einsatzes einer Geschwindigkeits-Messanlage ein. Sie soll dabei helfen, dass das Tempo 30-Gebot eingehalten wird. Auf dem Gottesweg vor der Post sind „Haarnadeln“ erwünscht. Hier gibt es einen entsprechenden Bedarf.

Während der Tour war auch die GAG und die Sanierung der Häuser auf dem Höninger Weg ein aktuelles Thema. Frau Dr.

Köhler von der Seniorenvertretung Rodenkirchen berichtete, dass viele Seniorinnen und Senioren die Beratung durch den Bürgerverein, der als Mittler zwischen GAG und den Mietern zur Verfügung steht, aus Scham nicht nutzen würden. Mittlerweile sind 40 Mieterinnen und Mieter ausgezogen. Diese Wohnungen werden dann übrigens nur noch zu den neuen und teureren Mieten zur Verfügung stehen.

*Berthold Bronisz*

## ■ INNENSTADT

### Law and Order

Andreas Hupke, grüner Bürgermeister im Bezirk Innenstadt, verbreitet Angst und Schrecken. In einem großen Pressegespräch verkündet er gewohnt vollmundig, ihn erinnere der Mord bei Pizza Hut im Kölner Hauptbahnhof an das Verhalten aggressiv bettelnder Junkies in manchen Bereichen der Innenstadt. Dazu bleibt nur zweierlei festzustellen. Erstens: Betteln ist nicht Mord. Der gewählte Vergleich ist in jeder Hinsicht obszön. Und zweitens: Wenn Andreas Hupke in aggressiv auftretenden Obdachlosen ein Problem sieht, das er, wie er sagt, nicht länger auf seiner Seele tragen kann, soll er sich an die Arbeit machen, ein Konzept entwickeln und wohlüberlegt handeln, anstatt seinen Einfluss einzig und allein dafür nutzen, eine Angstkampagne loszutreten, die wie jede Angstkampagne nur zu mehr Resentiment und mehr Repression führt.

DIE LINKE plädiert dafür, das Thema nüchterner zu betrachten als Bezirksbürgermeister Hupke. Da an der Wiege des Marxismus eine naturrechtliche Parteilichkeit für die Erniedrigten und Beleidigten steht, beteiligen wir uns nicht an einer Politik der Nadelstiche gegen Drogenabhängige und Obdachlose. Unerwünschte Personen nach dem St.-Florians-Prinzip durch Platzverbote zu vertreiben, ist keine Lösung, sondern Teil des Problems. Die Privatisierung des öffentlichen Raums macht schon heute weite Teile der Stadt für Menschen ohne Wohnsitz zur No-Go-Area. Windgeschützte Ecken und selbst Stadtmöbel werden inzwischen mit Taubenabwehrprodukten und anderen Vorrichtungen armiert, deren einziger Zweck darin besteht, den Ort als Schlafstätte unbrauchbar zu machen. Für Suchtkranke, die auf der Straße leben, wird es besonders eng, weil sie gleichzeitig von einer Infrastruktur abhängig sind, die ihnen den Zugang zu Drogen, Almosen und anderen Ressourcen ermöglicht. So werden immer mehr Junkies in immer kleinere Nischen gedrängt, in denen sich das ganze Elend konzentriert und die Verteilungskämpfe eskalieren.

So stellt sich die Situation auch rund

um das Museum Ludwig oder das Rautenstrauch-Joest-Museum dar. Darunter leiden die Mitarbeiter\*innen dieser Häuser. Noch mehr leiden allerdings die Suchtkranken, die sich dort aufhalten. Wer sie wie Andreas Hupke dämonisiert, verschärft die Situation mutwillig. Für DIE LINKE steht fest, dass sich die Lage nur verbessern lässt, wenn wir die Lage der obdachlosen Junkies verbessern. Wir brauchen eine sachliche und verantwortungsvolle Politik, die den „Freiluftschläfern“, wie Hupke sie nennt, echte Hilfen anbietet. Das beginnt mit einfachen Maßnahmen wie der Bereitstellung sanitärer Anlagen und der Einrichtung geschützter Fixerstuben, erfordert aber auch eine stärkere Direktansprache durch Streetworker, ein aktives Zugehen seitens der Reso-dienste oder kostenfreie und sanktionsfreie Angebote zur Gesundheitsversorgung. Hier ist eine planvolle Zusammenarbeit der entsprechenden Ämter und Fachausschüsse gefragt. Was dagegen nicht gefragt ist, ist der Versuch, von den drängendsten Problemen in der Stadt wie dem Fehlen von bezahlbarem Wohnraum durch Angstkampagnen und Stimmungsmache gegen kleine Randgruppen abzulenken.

*Sebastian Tautkus*

## ■ KALK

### Lesefrühstück „fremde Heimat“

Am 16.11.2014 fand im sozialpsychiatrischen Zentrum Kalk das erste Lesefrühstück der zweiten Jahreshälfte statt, das den Titel „Fremde Heimat“ trug. Dabei handelt es sich um ein Projekt des Autorenverbandes AURA 09, dem auch die Genossin Eva Weisweiler angehört, dem SPZ Kalk, dem Förderverein Höhenberg und dem Förderverein für psychisch Kranke im Stadtbezirk Kalk und dem Stadtteil Deutz.

Das Publikum konnte Lyrik- und Prosa-Texten zu den Themen „Flucht“ und „Asyl“ lauschen. Aber auch Textkollagen aus Artikeln des Kölner Stadtanzeigers der letzten Wochen zum Thema „Flüchtlinge“, die eine beklemmende Atmosphäre hervorriefen, wurden von Isolde Ahr, Reinhard Bartsch und Rosemarie Monhart vorgetragen.

Musikalisch wurden die aussagekräftigen Texte von der rumänisch stämmigen Pianistin Carmen Daniela untermalt. Am Ende der Veranstaltung gab es die Möglichkeit über die Problematik der Flüchtlingssituation in Köln zu diskutieren.

Das nächste Lesefrühstück der sehr zu empfehlenden Veranstaltungsreihe wird sich am 14. Dezember mit dem Thema „Wohnen“ beschäftigen und trägt den Titel „Wohnhaft oder Wohn-Haft“. Ab 11 Uhr sind Gäste im SPZ Kalk in der Olpener Strasse 114 willkommen.

*Beate Hane-Knoll*



# Aus den Ausschüssen

## ■ STADTENTWICKLUNG

### Güterbahnhof Mülheim: weiterhin Brückenfunktion?

Im Dezember sollte in Mülheim ein öffentliches Werkstattverfahren starten, um die zukünftige Entwicklung und Bebauung des ehemaligen Güterbahnhofsgeländes an der Schanzenstraße zu planen. Dieses Verfahren wurde nun ausgesetzt, da die bisherige

auch wenn das Gebiet nun gänzlich anders genutzt werden wird.

*Michael Weisenstein*

## ■ VERKEHR

### Freie Fahrt am Kämpchenshof?

Nicht einmal 100 Meter lang ist die Straße Am Kämpchenshof, aber ihre Bedeutung ist groß.

ligung entwickelt wird, ist die Ecke Maybachstraße - Kämpchenshof eine der Haupttangentialen für den Radverkehr. Eine Radspur anstelle einer Autospur hätte auch den Fußgängern mehr Raum geboten. Im Strategiepapier „Köln mobil 2025“ wird eine gerechtere Verteilung des Raumes aller Verkehrsteilnehmer - Fußgänger, Radfahrer, ÖPNV-Nutzer, Autofahrer - gefordert. Noch jedoch ist Köln eine autogerechte Stadt. Im Verkehrsausschuss wurde der vorausschauende Änderungsantrag abgelehnt; es obsiegte die fünfte Fahrspur. Zumindest jedoch wird sie zu einer sogenannten „Shared Lane“ („geteilte Spur“), d.h. Radfahrer dürfen die Fahrspur mitbenutzen. Wie sich das in der Praxis darstellt, wird sich in Zukunft zeigen.

*Gunda Wienke*



## ■ LIEGENSCHAFTEN

### Kein Bordell am Eiffeltor

Die Kölner Medien berichteten in den letzten Wochen von einem geplanten „Laufhaus“, einem Bordell am Eiffeltor, das die Wohnwagen in der Straße Am Eiffeltor, in denen Prostitution stattfindet, ersetzen sollte. Der Investor, der Interesse angemeldet hatte, sei gleichzeitig der Besitzer von ca. 75 % der Wohnwagen, so die Information aus den Zeitungen.

DIE LINKE wollte in einer nicht-öffentlichen Anfrage im Sozial- und Gesundheitsausschuss, in welchen die Vorlage nur nach LINKER Intervention gekommen war, wissen, ob sich die Hells Angels hinter dem Investor verbergen. Denn der Express hatte vor einiger Zeit veröffentlicht, dass die Hells Angels das Geschäft in den Wohnwagen beherrschen und als Zuhälter der betroffenen Frauen fungieren. Das sind keine Verbindungen, die man unterstützen und verfestigen möchte. Die Verwaltung blieb uns bisher die Antwort auf unsere Anfrage im Sozialausschuss schuldig.

Ebenso unklar ist, wie garantiert werden sollte, dass die Wohnwagen dann verschwinden. Denn das war das erklärte Ziel der Überlegungen. Würden alle Frauen „freiwillig“ im Laufhaus arbeiten? Wahrscheinlich nicht. Die Vorstellung, dass der „Investor“ dann Druck auf die betroffenen Frauen ausüben könnte - wie auch immer der aussähe - ist unerträglich.

Jetzt wurde die Vorlage ohne Angabe von Gründen zurückgezogen. Unsere Nachfrage ergab, dass das Laufhaus-Projekt von der Liegenschaftsverwaltung nicht mehr weiter verfolgt wird.

Es hätte der Verwaltung gut angestanden, etwas zu recherchieren, bevor sie den Vorgang zur Prüfung in den Liegenschaftsausschuss gab. Gut, dass DIE LINKE wachsam gewesen ist!

*Michael Weisenstein*

Eigentümerin, die OSMAB, über einen Verkauf verhandelt. Der zukünftige Eigentümer plant die Errichtung einer größeren Betriebsstätte. So teilte es die Stadtverwaltung den Ratsfraktionen am 18.11. mit.

Welche Firma auf dem Gelände bauen möchte, wurde noch nicht mitgeteilt. Offen ist damit, um welche Art von Gewerbe es sich handelt und wie viele Arbeitsplätze geschaffen werden.

Auf Nachfrage der LINKEN wurde im Stadtentwicklungsausschuss mitgeteilt, dass die neue Betriebsstätte sich wohl über das gesamte Areal erstrecken wird. Ob und inwieweit sich bisherige Ziele für die Entwicklung des Geländes dennoch verwirklichen lassen, muss sich zeigen.

In den letzten fünfzehn Jahren wurden wiederholt Konzepte zur Gestaltung des Geländes entwickelt, teils mit engagierter öffentlicher Beteiligung. Auf dem sogenannten Anliegerworkshop Ende September zur Vorbereitung des Werkstattverfahrens wurde nicht nur seitens der LINKEN gefordert, dass ein lebendiges Wohn- und Gewerbequartier geschaffen werden sollte, das die umliegenden Gebiete Schanzenstraße, Keupstraße und Markgrafenstraße/Berliner Straße miteinander verbindet. Zu wünschen wäre, dass zumindest diese Brückenfunktion erreicht werden kann,

Sie verbindet den Hansaring mit der Maybachstraße, die dann weiterführt auf die A57, eine der Haupteinfallstraßen in und nach Köln. Vor über zehn Jahren wurde eine Zufahrt zum anliegenden Parkplatz für das Cinedom und den Mediapark geplant. Die Zufahrt solle aber erst nach der Fertigstellung des Hotels, das an der Längsseite Kämpchenshofs gebaut wurde, entstehen.

Seit Mitte 2014 steht das Hotel, und die Verwaltung will nun endlich die zusätzliche Autospur zum Parkhaus realisieren. Im Laufe der Jahre aber hat sich gezeigt, dass die zusätzliche Spur für das Parkhaus gar nicht notwendig ist. Unter der Woche fährt kaum jemand in das Parkhaus hinein, lediglich am Wochenende, wenn viele Kinobesucher kommen, erhöht sich die Zufahrt. Die Verwaltung hat es nicht für nötig befunden, den Parkhausbetreiber zu fragen, ob Bedarf besteht und diese Spur überhaupt noch sinnvoll genutzt wird.

DIE LINKE bezweifelt das und hat daher gemeinsam mit Deine Freunde und den Piraten einen Änderungsantrag im Verkehrsausschuss gestellt. Wir fordern: „Mehr Raum für Rad und Fußgänger - keine fünfte Fahrspur am Kämpchenshof!“

Im Radverkehrskonzept für die Innenstadt, das gerade unter großer Bürgerbetei-

## ■ SOZIALES UND SENIOREN

### Verfristung möglicher Rückforderungsansprüche

Das Bundessozialgericht entschied im Juli, dass die generelle Einstufung von volljährigen erwerbsunfähigen Personen mit Behinderung, die bei Angehörigen leben, diese unzulässig benachteiligt. Bisher hat dieser Personenkreis lediglich die gesenkten Sätze nach Regelbedarfsstufe 3 zum Leben erhalten. Nach dem Urteil ist nun klar, dass grundsätzlich ein Anspruch auf den vollen Regelsatz nach der Regelbedarfsstufe 1 in Betracht komme.

Allerdings sind die Kriterien für den Bezug der vollen Leistung immer noch nicht bekannt, denn das Urteil wurde noch nicht in voller Länge veröffentlicht. Das schriftliche Urteil - und damit die Umstellung der Verwaltungspraxis - wird erst gegen Jahresende erwartet. Deshalb kümmerte sich DIE LINKE darum, dass Rückforderungsansprüche nicht verjähren.

Im Vorfeld wurde uns signalisiert, dass - parallel zur Regelung der Angemessenheit der Kosten der Unterkunft Erwerbslosen aus Köln über 600.00 Euro rückerstattet wurden - alle Betroffenen angeschrieben werden und die vorenthaltenen Leistungen nach der Urteilsveröffentlichung komplett ausgezahlt werden.

Um Klarheit im Verwaltungshandeln herzustellen, fragten wir im Ausschuss nach und wollten insbesondere wissen, wie die Verwaltung sicherstellt, dass Rückforderungsansprüche für das Jahr 2013 nicht mit Beginn des Jahres 2015 erlöschen?

Jörg Detjen

## ■ KUNST UND KULTUR

### Kulturhaushalt schon im Ansatz falsch

Jedes Jahr im traurigen Monat November melden die städtischen Museen zusätzlichen Finanzbedarf für die Deckung ihrer Energiekosten an. Allein im Museum Ludwig überschreiten die Energiekosten den Haushaltsplan um 410.000 EUR. In der Summe aller Kultureinrichtungen ergibt sich so ein Mehrbedarf von mehreren Millionen. Wie kann das sein? Lassen die Museen nachts das Licht brennen oder heizen sie bei weit geöffneten Türen und Fenstern? Nein, die Schuld liegt nicht bei dem einen oder anderen Museumsdirektor, sondern bei der Politik. Denn um einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen zu können, werden die Energiekosten seit Jahren viel zu tief veranschlagt. Der falsche Haushaltsansatz liegt deutlich unter dem Ist-Verbrauch des Vorjahrs und weist bei verschiedenen Museen eine sechsstellige Unterdeckung auf. So schiebt sich eine Bug-

welle von überplanmäßigen Aufwendungen Jahr für Jahr weiter. Darum fordert DIE LINKE, endlich einen realistischen Haushaltsansatz vorzulegen und den Kulturetat angemessen auszustatten - und das nicht nur im Bereich der Energiekosten.

Sebastian Tautkus

## ■ KUNST UND KULTUR

### DIE LINKE findet Millionen im Kulturetat

Im Haushalt des Historischen Archivs für 2014 sind 13,5 Mio. Euro für die Restaurierung von Archivalien eingeplant. Diese Arbeit finanziert das Archiv jedoch nach wie vor aus den Rückstellungen, die schon 2009 zu diesem Zweck gebildet wurden. Die Mittel, die vorsorglich in den Haushalt



Foto: R media base  
H. D. Hey

eingestellt worden waren, werden folglich vom Historischen Archiv nicht abgerufen und können für andere Aufgaben verwendet werden. Und das werden sie auch: Dezernat und Kämmerei nutzen diesen Topf, um daraus die überplanmäßigen Aufwendungen der verschiedenen Kultureinrichtungen zu bestreiten. Trotzdem sind die Reserven nicht ganz aufgebraucht. Das ergab eine Anfrage der LINKEN im Kulturausschuss. Dieser Millionenfund klingt zunächst wie eine gute Nachricht für den chronisch unterfinanzierten Kulturbereich. Doch dahinter verbirgt sich eine große Gefahr: Denn die Verwaltung hat bereits angekündigt, im neuen Haushalt des Historischen Archivs keine Mittel mehr für die Restaurierungsarbeiten einzuplanen. Und wer die Kürzungspolitik von SPD und Grünen kennt, muss nun befürchten, dass diese Millionen nicht im Kulturhaushalt umgeschichtet, sondern einfach ganz gestrichen werden. Deshalb fordert DIE LINKE entschieden, das dringend benötigte Geld

vollständig im Kulturhaushalt zu belassen und gemäß dem tatsächlichen Bedarf einzusetzen. Denn die überplanmäßigen Aufwendungen für die städtischen Kultureinrichtungen und der ständige Kampf ums Überleben in der freien Szene zeigen mehr als deutlich: Diese Mittel sind unverzichtbar für die Kölner Kultur.

Sebastian Tautkus

## ■ KUNST UND KULTUR

### Neue Hoffnung für freie Theater

Dem zwanglosen Zwang des besseren Arguments folgend, haben sich SPD und Grüne im Kulturausschuss doch noch bewegt. Sie erkennen an, dass die Theaterförderung nach dem Auslaufen des Feuerwehr-

topfs Ersatzmittel in entsprechender Höhe braucht. So hat der Kulturausschuss die Verwaltung beauftragt, für die Ratssitzung am 16.12. über die bereits beschlossene Konzeptionsförderung hinaus einen Plan zur Finanzierung von vier weiteren Theatern vorzulegen, darunter das akut in seiner Existenz bedrohte Theater der Keller und das wegweisende Mehrspartenprojekt von raum 13.

DIE LINKE begrüßt diesen Durchbruch, doch die grundsätzlichen Probleme in der Kulturförderung bleiben bestehen. Davon ist nicht nur der Theaterbereich betroffen, sondern die gesamte freie Szene. Die chronische Unterfinanzierung führt dazu, dass sich die Förderung nur noch auf den Bestandsschutz konzentrieren kann. Die Unterstützung neuer Projekte wird dadurch mehr und mehr unmöglich. Hier meldet DIE LINKE dringenden Handlungsbedarf an.

Sebastian Tautkus

## Nach Anfrage der LINKEN: Jobcenter korrigiert falsche Praxis

Wer gezwungen wird, Leistungen nach dem Zweiten oder Zwölften Sozialgesetzbuch zu beantragen, kommt nicht umhin, der zuständigen Behörde neben vielen anderen Unterlagen auch einen aktuellen Mietvertrag vorzulegen. Aus Miet-, Heiz- und Nebenkosten ermittelt das Amt dann die sogenannten Kosten der Unterkunft,

Selbstbestimmung. Bereits im Frühjahr haben wir das Jobcenter Köln auf eine entsprechende höchstrichterliche Entscheidung des Bundessozialgerichts vom 25.1.2012 hingewiesen. Thema: Verletzung des Sozialgeheimnisses - Offenbarung des Leistungsbezugs bei Dritten (*Aktenzeichen: B 14 AS 65/11 R*).

Nach mehreren Anfragen im Sozialausschuss hat das Jobcenter Köln nun eingelenkt und erklärt, auf die Ausgabe der Mietbescheinigungen künftig zu verzichten. Die bisherige Praxis wurde „durch die

Geschäftsführung des Jobcenters Köln als falsch und kritisch identifiziert“, heißt es in einer vorgelegten Erklärung. Die Bescheinigungen sollen demnach nur noch in absoluten Ausnahmefällen ausgegeben werden. Auch bei der Einreichung von Weiterbewilligungsanträgen mit und ohne Veränderungen der Bedarfe für Kosten der Unterkunft dürften diese in Zukunft keine Rolle mehr spielen. DIE LINKE begrüßt diese unbürokratische Verfahrensänderung, so wie alles, was geeignet ist, Hürden und Hemmschwellen bei der Beantragung sozialer Leistungen abzubauen.

In einer vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales in Auftrag gegebenen Studie des Instituts für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB) vom Juli 2013 wird festgestellt, dass zwischen 34 und 43 Prozent der anspruchsberechtigten Personen keinen Antrag auf Sozialleistungen stellen. Das betrifft zwischen 3,1 und 4,9 Millionen Menschen, die auf ihnen zustehende, existenzsichernde Leistungen verzichten. Neben vielen anderen Gründen wird auf Hürden bei der Antragstellung verwiesen. Dazu zählt eben auch die Vorlage der vom Vermieter auszufüllenden Mietbescheinigungen, welche nun in Köln entfällt.

*Michael Scheffer*

■ **SPORT**

## Kein Platz für Gewalt und Rassismus beim FC

Schon seit Beginn der 1990er Jahre nimmt der 1. FC Köln das Thema Hooligans sehr ernst. Heute sind zehn Mitarbeiter für 69.000 Mitglieder zur Fanbetreuung hauptamtlich beschäftigt. Weiter sieben hauptamtliche und ein/e ehrenamtliche Mitarbeiter\*innen betreuen den Jugend- und Kinderbereich. Da die Kapazitäten des kostenfreien Angebots für Schulen, Gruppen

und Initiativen vollständig ausgeschöpft sind, soll im kommenden Jahr eine weitere Stelle geschaffen werden.

Im gesamten Konzept wird auf Bündnispartner wie KVB und Polizei gesetzt. In offenen Treffen tauschen sich unterschiedliche Fangruppen bis hin zu Ultragruppen aus. Auch das aktive Zugehen auf die Ultragruppen trägt zur allgemeinen verbesserten Sicherheit bei. Der Erfolg dieser Arbeit spiegelt sich darin wider, dass weniger Stadionverbote ausgesprochen und weniger Strafverfahren eingeleitet werden.

Besonders zu erwähnen ist, dass Inklusion großgeschrieben wird. Für Hörgeschädigte werden gerade Plätze mit Akustikschleifen eingerichtet. Bei den Kindern, die mit den Spielern auf das Spielfeld laufen, wird Inklusion sichtbar gemacht.

*Gisela Stahlhofen*

■ **RECHNUNGSPRÜFUNGS-AUSSCHUSS**

## Externe Vergaben unter der Lupe

Seit 2011 sind externe Beauftragungen für Gutachten, Planungsleistungen und vieles mehr im zweistelligen Millionen-Euro-Bereich vergeben worden.

Nach Drängen der LINKEN und des Rechnungsprüfungsausschusses über mehrere Jahre legte die Verwaltung Ende Dezember endlich eine detaillierte Liste vor. Die aktuelle Liste der gesamten Stadtverwaltung – ohne die Gebäudewirtschaft – erfasst für den Zeitraum Oktober 2013 bis September 2014 alleine 11,2 Mio. Euro externe Beauftragung. Für den gleichen Zeitraum kommen noch mal über 25 Mio. Euro der Gebäudewirtschaft hinzu. Mit eigenem Personal könnte die Stadt Köln viel Geld einsparen.

Das Ausmaß der externen Beauftragung hängt vor allem damit zusammen, dass die Verwaltung über Jahre zu wenig Fachpersonal eingestellt hat bzw. dieses Fachpersonal nicht anstellen kann, weil der Arbeitsmarkt, z.B. für Tiefbau-Ingenieure leer gefegt ist und weil die Stadtverwaltung nicht die üblichen Gehälter zahlen kann.

Vielleicht erinnert sich der ein oder andere Leserin und Leser daran, dass DIE LINKE in der Vergangenheit erreicht hat, dass fünf zusätzliche Tiefbau-Ingenieure angestellt wurden. Die Stadtverwaltung muss eine andere Personalpolitik entwickeln.

Der Rechnungsprüfungsausschuss legte einmütig großen Wert darauf, dass die Berichterstattung über die externe Vergabe fortgeführt wird. Der Stadtdirektor wollte auf eine „weitere Berichterstattung verzichten“, konnte sich aber im Ausschuss nicht durchsetzen.

*Jörg Detjen*

welche in der Regel übernommen werden, soweit sie den gerade gültigen Mietrichtlinien entsprechen. Erschwerend kam bislang hinzu, dass der Antragsteller zusätzliche Angaben zur Lage der Wohnung, zur Gesamtgröße des Hauses, zum Alter des Gebäudes oder zum Möblierungsstatus beibringen musste. Zu diesem Zweck wurde ein vom Vermieter auszufüllendes Formular ausgehändigt, wodurch sich Antragsteller als Erwerbslose oder Sozialgeldbezieher offenbaren müssen, noch bevor sie überhaupt einen Cent an staatlicher Unterstützung bezogen haben. Die Jobcenter-Mitarbeiter\*innen verwiesen auf die Pflicht zur Vorlage dieser Mietbescheinigung.

Da die o.g. Angaben für die Leistungsgewährung allerdings irrelevant und auch aus Gründen des Datenschutzes äußerst bedenklich sind, hat DIE LINKE diese Vorlagepraxis immer wieder kritisiert. Gemäß bestehender Rechtslage und datenschutzrechtlicher Richtlinien besitzt auch der arbeitssuchende Erwerbslose als Souverän seiner Daten ein Recht auf informationelle

## Rat beschließt über einwohnerfreundliche Neuregelung beim Sperrmüll

Die Sperrmüllabholung wird in Zukunft einwohnerfreundlicher gestaltet. Sperr-



*Hamide Akbayir ist für DIE LINKE stimmberechtigtes Mitglied im Umweltausschuss, Dieter Koberg ist Sachkundiger Einwohner*

müll muss spätestens um sieben Uhr morgens an der Straße stehen. Bislang aber kann man mit einem Bußgeld belangt werden, wenn man die Sachen bereits am Vortag herausstellt. Der Sperrmüll musste also nachts oder früh morgens herausgestellt werden – für viele Menschen nur schwer erfüllbar und sicherlich nicht der guten Nachbarschaft förderlich.

In Zukunft soll es möglich sein, seinen Sperrmüll bereits ab 19 Uhr am Vortag herauszustellen. Für diese Änderung hat die Linksfraktion Grüne, SPD und auch die CDU gewinnen können. Diese vier Fraktionen haben zur Ratssitzung am 16.12. einen gemeinsamen Antrag gestellt.

Die neue Regelung soll nach einem Jahr überprüft werden. Dann soll geschaut werden, ob die neuen Zeiten zu unerwünschten Nebeneffekten führen – etwa hinsichtlich der Verkehrssicherung, oder dass fremder Sperrmüll hinzugestellt wird.

*Hamide Akbayir*

## ■ MÜLHEIM

### Hält der neue Rhein-Ruhr-Express?

Die CDU-Landtagsabgeordnete Serap Güler hatte das Thema der Bürgerinitiative „RRX für Mülheim“ aufgenommen und am

2.12.2014 eine Podiumsdiskussion im Bistro des Bezirksrathauses organisiert. Diese stellte sich im Nachhinein als Wahlkampfveranstaltung der CDU heraus, obwohl Vertreter derselben diesen Verdacht zu Anfang von sich wiesen. Auf dem Podium saßen neben Serap Güler drei CDU-Politiker, ein Mitglied der Bürgerinitiative und Norbert Reinkober, der Geschäftsführer des Verkehrsverbundes Rhein-Sieg. Letzterer skizzierte kurz den Sachstand zum Projekt RRX und warf auch einen Blick in die Zukunft. Im Publikum machte sich ein wenig Erleichterung breit, als Herr Reinkober mitteilte, dass ab ca. 2018 der RRX in einen Vorlaufbetrieb gehen wird, was bedeutet, dass die neuen RRX-Züge auf der jetzigen Strecke eingesetzt werden und der Halt in Mülheim für die nächsten 15 Jahre bestehen bleiben wird. Er appellierte an das Publikum die Kommunalpolitiker\*innen zu motivieren, eine Machbarkeitsstudie in Auftrag zu geben. Zwei Tage später wurde von SPD, Grünen und CDU ein Ratsantrag veröffentlicht, der genau dies zum Inhalt hat. Wir als LINKE begrüßen diesen Vorstoß, denn wir haben die Forderung nach dem RRX-Halt in Mülheim sogar in unserem Kommunalwahlprogramm stehen.

*Beate Hane-Knoll*

# Das alte Lied in der Filmkulturförderung

Kürzungen in der öffentlichen Kulturförderung fordern immer zu Widerspruch heraus. So klagen auch deutsche Filmschaffende in letzter Zeit pressewirksam gegen Mittelstreichungen bei der Filmstiftung NRW. Doch ihre Empörung greift zu kurz. Denn auch eine großzügigere Ausstattung der Landesfilmförderung kann nicht zielführend sein, solange diese falsche Prioritäten setzt. So feiert die Filmstiftung NRW schon im ersten Absatz ihres aktuellen Geschäftsberichts all die internationalen Filmstars, die in den von ihr geförderten Produktionen auftreten. Vom Glanz Hollywoods geblendet, vergewissert sich die Stiftung ihrer Bedeutung offensichtlich nur durch die großen Namen, denen sie die nordrhein-westfälischen Steuergelder andient, anstatt sich von der Fixierung auf Kino generell zu lösen und auch die Entwicklung qualitätsvoller TV- und Web-TV-Produktionen zu befördern. In den USA gelten die Mittel der Filmstiftung NRW deshalb ebenso wie Investitionen seitens privater deutscher Filmfonds als „Stupid German Money“.

Vom Wunsch beseelt, einmal mit George Clooney auf dem roten Teppich ein Selfie zu schießen, scheinen auch manche Akteur\*innen in der Kölner Politik zu sein. So

tauchen immer konkretere Forderungen nach der Errichtung eines repräsentativen Premierenkinos am Rudolfplatz auf. Die örtliche Filmkulturszene ruft schon lange Zeit für ihre Festivals nach einem zentralen Ort, an dem sie mehrere Leinwände parallel bespielen und begleitende Diskussionen oder Workshops durchführen kann. Aber diese Funktion kann kein Hochglanzfilmplast erfüllen, sondern nur ein kommunales Kino, das keine oder eher symbolische Mieten von den Veranstaltern verlangt. Denn Köln hat keine A-Festivals wie die Berlinale. Die besondere Qualität und Relevanz der Kölner Filmkulturszene ergibt sich vielmehr aus einer ganzen Reihe hochkarätiger Festivals, die wichtige Special-Interest-Themen bespielen und Nischen besetzen, in denen sie international wegweisend sind, jedoch kein Massenpublikum erreichen können. Aus diesem Grund wird DIE LINKE in der Kulturentwicklungsplanung der Stadt darauf drängen, ein Festivalkino zu etablieren, das den räumlichen Anforderungen und den finanziellen Möglichkeiten der Kölner Szene entspricht.

Die Kölner Filmkultur ist auf Grund ihrer starken thematischen Positionierung mehr als nur ein Ort. Besondere Bedeutung hat für die Kölner Szene darum das neue

Filmkulturförderkonzept, das sich fantastisch liest. Es bekennt sich zur nachhaltigen Spitzenförderung der etablierten Festivals, zur Breitenförderung von kleineren Festivals, Reihen und Filmbildungsangeboten sowie zur Stimulierung neuer Filminitiativen durch die städtische Förderung. Das funktioniert freilich nicht ohne die entsprechende Finanzausstattung. Doch während Städte wie Braunschweig die Filmkultur mit über 2 Euro pro Einwohner\*in und Jahr unterstützen, sind es in Köln gerade mal 30 Cent. Rechnet man die mehrjährigen Förderinstrumente raus, bleiben für die einjährige Projektförderung der agilen Szene sogar nur noch 10 Cent übrig. Das heißt im Klartext, dass die Filmkulturförderung in Köln hauptsächlich auf dem Papier stattfindet. Mit mehr als bescheidenen 100.000 Euro mehr im Jahr könnte die Stadt in Sachen Filmkultur aber einen enormen Qualitätssprung bewirken. Aus diesem Grund hat DIE LINKE im Kulturausschuss die Verwaltung aufgefordert, die entsprechenden Mittel im Haushaltsansatz für das Jahr 2015 einzustellen, und wird sich in den Haushaltsberatungen entsprechend dieser Vorgabe einsetzen.

*Sebastian Tautkus*



## Erfolgreiche Solidarität mit Rojava und dem Widerstand in KOBANÊ

# Veranstaltung im Naturfreundehaus Köln!



Ulla Jelpke, Ulf Petersen und Hamide Akbayir

Am 21. November fand eine hochkarätige Veranstaltung in Köln statt, zu der Migrationsvereine und zivilgesellschaftliche Organisationen eingeladen hatten. Diese in Kooperation mit der Partei DIE LINKE stattgefundene Veranstaltung hatte großes Interesse unter den Kölner/-innen erweckt, so dass sich über 150 Menschen zusammengefunden haben. Das war für uns ein Erfolg!

Der Saal war brechend voll, als Ulla Jelpke, Abgeordnete der LINKEN im Bundestag und Ulf Petersen von „Tatort Kurdis-

tan“ im Kölner Naturfreundehaus über ihre gerade zurückliegenden Reisen in die kurdischen Provinzen der Türkei, Syriens und des Iraks berichteten. Eingeladen hatten Tatort Kurdistan, die Antikapitalistische Linke in der LINKEN, kurdische Organisationen und viele sonstige MitstreiterInnen.

„Die Revolution in Rojava ist die linke und soziale Antwort und Alternative zur in der Region sonst dominierenden Ethnisierung des Sozialen“ fasste Ulf Petersen seine Eindrücke zusammen.

Solidarität mit Rojava, mit diesem einzigen Hoffnungsschimmer in einer gesamten Region der ideologischen und religiösen Verödung und menschlichen Barbarei, in der es buchstäblich mehr Waffen als Verstand gibt - das war die große Parole dieses Abends.

Und damit es auch in Deutschland - wo auch eine große kurdische Minderheit lebt - konkrete Unterstützung gibt, wurde massiv die Aufhebung des Verbotes der PKK gefordert und für die Unterstützung der Demonstration am 6. Dezember in Köln geworben, wo anlässlich der Innenministerkonferenz genau diese Forderung auf die Straße getragen wurde.

Wir haben an diesem Abend viele Rückmeldungen erhalten, in Zukunft zum Thema Rojava/Kobane und aktiv gegen den IS-Terrorismus zusammenzuarbeiten. Das freut uns sehr und an dieser Stelle möchten wir uns bei allen bedanken, die zu dieser gelungenen Veranstaltung beigetragen haben.

Danke Ulla und danke Ulf für euren informativen Reisebericht!

An diesem Abend wurden auch 500 Euro zur Unterstützung des Widerstandes und der Selbstverwaltung in Rojava gesammelt. Auch hier ein herzliches Dankeschön!

*Hamide Akbayir*

## Tag der Gewalt gegen Frauen: Köln muss mehr tun!

# Ein drittes Frauenhaus ist unverzichtbar

Am 25. November wurde der „Internationale Tag gegen Gewalt an Frauen“ begangen. Der jährlich abgehaltene Gedenk- und Aktionstag ruft zur Bekämpfung von Diskriminierung und Gewalt jeder Form gegenüber Frauen auf. Er erinnert an den mutigen Kampf der drei Schwestern Mirabal gegen den Diktator der Dominikanischen Republik im Jahre 1960, den sie mit Ihrem Leben bezahlten.

Gewalt an Frauen hat viele Gesichter und macht auch vor Grenzen nicht Halt. Laut der UNO wird immer noch jede dritte Frau einmal in ihrem Leben geschlagen, vergewaltigt oder anderweitig missbraucht.

Auch Köln ist leider für viele Frauen kein sicherer Rückzugsort. Die beiden bestehenden Frauenhäuser platzen aus allen Nähten. Sie müssen täglich 3 bis 5 Frauen abweisen. Deshalb brauchen wir dringend ein drittes, barrierefreies Frauenhaus, in dem auch Rollstuhlfahrerinnen aufgenommen werden können. Dafür wird DIE LIN-

KE im Dialog mit anderen Parteien und Akteuren kämpfen.

Auch die Umstellung auf Tagessatzfinanzierung gehört schnellstens wieder abgeschafft. Der Aufenthalt im Frauenhaus ist kein Erholungsurlaub. Im Moment müssen die Frauen für diesen Schutzraum bezahlen. Sollen sie demnächst auch noch für den Polizeieinsatz zahlen? DIE LINKE lehnt diese diskriminierende Belastung entschieden ab.

Auch die Unterstützung für die von tödlicher Gewalt bedrohten Selbstverteidigungstreitkräfte in der vom IS-Terror bedrohten syrischen Region Kobanê ist ein Thema für den Tag gegen Gewalt an Frauen. Dort kämpfen Frauen in weiblichen Selbstverteidigungskräften gegen die Versklavung und Vergewaltigung junger Frau-



en durch die IS-Terrormilizen und für ihr Überleben in Würde und Selbstbestimmung. Der Kölner Aktionstag am 1. November war ein kraftvolles Zeichen der Solidarität. Frauen von hier und dort können sich nicht nur unterstützen, sondern auch voneinander lernen.

*Hamide Akbayir, Gisela Stahlhofen*

# TERMINE

**Sa., 3. Januar**

**Gedenken an ADNAN KESKIN** mit seinem Buch. Lesung und Musik

Wir haben unseren Freund Adnan vor einem Jahr, am 3. Januar 2014 verloren. Von ihm haben wir unter anderem ein Manuskript geerbt, in dem er seine Fluchtgeschichten erzählte. Das Buch wurde gerade in der Türkei unter dem Titel „Unbedingt Blau“ veröffentlicht.

Wir wollen ihm gedenken und sein Buch mit Lesung und Musik vorstellen.

*Alte Feuerwache - Melchiorstr. 3, Ebertplatz / Köln, 19.30 Uhr.*

**Über Parallelen zwischen dem gewalttätigen Zerfall Jugoslawiens und der heutigen Krise in der Ukraine.**

Vortrag von Boris Buden (in Englisch), VA: *Akademie der Künste der Welt, Ak 3,-. Ort: King Georg, 21 Uhr.*

**Do., 8. Januar**

**Gemeinschaftlich Wohnen!**

Stammtisch des »Netzwerkes für gemeinschaftliches Bauen u. Wohnen«, Austausch, Erfahrungen u. mehr. Ort: *Café Libresso, Fleischmenggasse 29, 19 Uhr.*

**So., 11. Januar**

**Fahrt zum Tagebau Hambach.**

Anm.: [alfred\\_weinberg@web.de](mailto:alfred_weinberg@web.de) o. 0172/4163788, VA & Info: [sovie-koelner-gruppe-gegenbraunkohle.de](http://sovie-koelner-gruppe-gegenbraunkohle.de), Treffpunkt: *Bahnhof Ehrenfeld, Gleis 2, 11.20 Uhr.*

**Di., 13. Januar**

**10 Jahre Haus der Architektur Köln.** Rückblick und Perspektiven, Diskussion mit Prof. Christl Drey. Ort: Haus der Architektur, 19 Uhr.

**Vielfalt - und was machen wir jetzt damit?** Vortrag von Meike Schröer (Institut f. So-

ziologie u. Genderforschung), Anm: [dshs-koeln.de/themenjahr](http://dshs-koeln.de/themenjahr), Reihe Älter - Bunter - Kölner. Ort: *Wildor Hollmann-Forum, Deutsche Sporthochschule, Am Sportpark Müngersdorf, 18 Uhr.*

**Mi., 14. Januar**

**Neujahrsempfang der Ratsfraktion DIE LINKE, 18 Uhr, Rathaus, Spanischer Bau.**

**Zusammenkunft des Kölner Flüchtlingsrat.**

*Flüchtlingszentrum „Fliehkraft“ Turmstr. 3-5 in Köln-Nippes, 18.30 Uhr.*

**Do., 15. Januar**

**Jüdische Sachkultur in Köln.**

Kölner Sammlungen zur jüdischen Geschichte u. Kultur, Vortrag von Frau Dr. Haller, VA: Gesellschaft f. Christl.-Jüdische Zusammenarbeit, *Kath. Bildungswerk, Ak 3,-. Ort: Domforum, 19.30 Uhr.*

**Die Hachschara hat mein Leben gerettet** - die unglaubliche Überlebensgeschichte eines Berliner Juden in Auschwitz, Jürgen-Israel Löwenstein im Gespräch mit Prof. Gideon Greif, Ak 4,50. Ort: *NS-Dokumentationszentrum im EL-DE Haus, 19.00 Uhr*

**So., 18. Januar**

Todesfabrik Auschwitz. Topographie und Alltag in einem Konzentrations- u. Vernichtungslager, Führung. Ort: NS-Dokumentationszentrum im EL-DE Haus, 14 Uhr.

**Mo., 19. Januar**

**Migrationsbedingt behindert? Ergebnisse einer intersektionalen Studie**

Werkstattgespräch mit Donja Amirpur, Reihe Die Erfindung der Anderen, VA: AWO. Ort:

Kooperationsveranstaltungen der Rosa-Luxemburg-Stiftung

**ROSA LUXEMBURG STIFTUNG**

**Dienstag, 20. Januar 2015 19.30 Uhr,**

Das Kapital verabschiedet sich von der Mitte – Thomas Pikettys „Kapital im 21. Jahrhundert“. Diskussion über und um Pikettys Thesen mit Joachim Bischoff (Redaktion „Sozialismus“, Hamburg) *Allerweltshaus, Körnerstr. 77-79, Köln*

**Dienstag, 3. Februar 2015, 20.00 Uhr,**

Hartz IV und die Folgen. Buchvorstellung mit Christoph Butterwegge *Der andere Buchladen, Weyertal 32, 50935 Köln*

**Und, schon vormerken:**

**Donnerstag, 5.3. 2015, 18:00 Uhr**

Bürgerantrag zu Freihandelsabkommen: Was hat TTIP mit Köln zu tun?

Podiumsdiskussion mit

- Rainer Pläßmann, Stadtwerke Köln
- Prof. Hans-Georg Bögner, Geschäftsführer der SK Stiftung Kultur
- Wolfgang Scheiblich, Sozialdienst kath. Männer (SKM)
- Jörg Mährle, DGB Köln
- Norbert Baumgarten, als Vertreter des No-TTIP-Bündnisses

Rosa-Luxemburg-Stiftung zusammen mit dem DGB Köln und dem No-TTIP-Bündnis Köln *DGB-Haus, Großer Saal*

*Raum 220, FH Sozialwissenschaften, Ubierring 48, 17.30 bis 20 Uhr.*

**Ausbrechen aus der Spirale der Gewalt.**

Diskussion zum Weltfriedenstag, mit Dr. Elisabeth Schieffer (gewaltfrei handeln), Dr. Markus Bunker (Misereor), Susanne Schütte (BDKJ), Peter Heim (Pax Christi), Moderation: Dr. Ursula Paulus, *Kath. Bildungswerk, Pax Christi Köln. Ort: Domforum, 19.30 Uhr.*

**Di., 20. Januar**

**Keupstraße: Der Tag X in München steht fest - Dienstag, der 20. Januar 2015!**

Am Montag, den 19.1.2015 werden gegen 23 Uhr drei Busse von Köln nach München fahren.

Am Dienstagmorgen gehen ein Teil der Leute in das Gericht, die ändern machen vor dem Gericht und in München eine Dauerkundgebung

mit unterschiedlichen Aktionen. Nachmittags, nach der Verhandlung, gibt es eine Demonstration mit anschließendem Kennenlernfest. Danach fahren zwei Busse zurück nach Köln. Der dritte Bus bleibt in München. Die Insassen übernachten, sind am nächsten Tag, dem Mittwoch, den 21., noch mal im und vor dem Gerichtssaal. (es ist der Tag mit den meisten Geladenen aus der Keupstraße). Der 3. Bus fährt am Mittwochnachmittag nach der Verhandlung zurück nach Köln. Anmeldung auf der Webseite: <http://keupstrasse-ist-ueberall.de/> Treffpunkte und genaue Zeiten werden in Kürze dort bekanntgegeben.

**Eine arme Kirche für die Armen?** Über den Umgang der Kirche mit ihrem Vermögen, Vortrag von Dr. hc. Norbert Feldhoff (Dompropst),



Die hier gezeigten Bilder wurden 1954 von L. Fritz Gruber entdeckt und auf der photokina Köln ausgestellt. Sie entstanden, bevor Klaus Kammerichs durch seine Fotoskulpturen international bekannt wurde. Seine Beethoven-Skulptur z. B. ist zum Wahrzeichen der Stadt Bonn geworden.

14 Autorinnen und Autoren aus Köln und Umgebung haben sich durch diese frühen, inzwischen legendären Fotografien von Klaus Kammerichs zu Gedichten, Kurzgeschichten und Betrachtungen inspirieren lassen. Herausgekommen ist ein poetisches Experiment: „Bildlegenden“.

Auferstehungskirche Köln-Buchforst, Kopernikusstr. 34, 51065 Köln

Eintritt zu den Autorenlesungen € 5 / € 3  
Zur Schlussveranstaltung am 22.2.2015 erscheint ein ausführlicher Katalog mit Bildern und Texten

## Vernissage

Am **Sonntag, 11. Januar 2015, 11 Uhr**

mit einführenden Worten von **Renate Gruber** und

Texten von **Gerhard Uhlenbruck, Erasmus Schöfer, Rosemarie Monhart, Mathilde Kriebs** und **Andrea Karimé**

**Carmen Daniela** spielt Klavierwerke von Johann Sebastian Bach

## Autorenlesungen

Am **Sonntag, 25. Januar 2015, 11 Uhr**

mit Texten von **Isolde Ahr** und **Reinhard Bartsch**

**Carmen Daniela** spielt Klavierwerke von Fanny Hensel-Mendelssohn

Am **Sonntag, 22. Februar 2015, 11 Uhr**

mit Texten von **Pilar Baumeister, Rumjana Zacharieva, Monika Seyhan, Ulla Lessmann** und **Eva Weissweiler**

**Carmen Daniela** spielt Klavierwerke von Clara Schumann und Jacques Offenbach

## Einladung

### Klaus Kammerichs Bildlegenden

Fotografien von 1948–1954



VA: kath. Bildungswerk. Ort: Domforum, 19.30 Uhr.

**Argentinien - Wie Hedgefonds ein Land in die Krise stürzen.** Vortrag u. Diskussion, Alba kompakt. Ort: Saal, ESG Uni, Bachemer Str. 27, 20 Uhr.

**Das Kapital verabschiedet sich von der Mitte.** Thomas Pikettys »Kapital im 21. Jahrhundert«, Vortrag von Joachim Bischoff. Ort: Allersweltshaus, 19.30 Uhr.

**Modernisierung, Mieterhöhung ...Mieterangelegenheiten,** Vortrag u. Frageunde, Eintritt frei. Ort: Kinderbereich, Alte Feuerwache, 19 Uhr.

**Mi., 21. Januar Plattform für Austausch u. Diskussion,** heute: Erfahrungshorizonte von People of Color TrainerInnen. Ort: Frauen- u. Lesbenreferat, Univeritätsstr. 16, 19.30 Uhr.

**Köln nach dem Krieg.** „Leben, Kultur, Stadt (1950-1990)“, Bildband-Vorstellung

mit Reinhard Matz u. Wolfgang Vollmer, Eintritt frei. Ort: Friedensbildungswerk, 19.30 Uhr.

**Do., 22. Januar 4 Flugstunden hinter Köln.** Zu »Besuch« im Flüchtlingslager im Nordirak, VA: Hawar-Hilfswerk, VHS, Kölner Appell gegen Rassismus, Moderation: Martin Stanekowski, Eintritt: Spende. Ort: VHS-Forum im Rautenstrauch-Joest-Museum, 19 Uhr.

**Sa., 24. Januar Wir müssen siegen.** „Kriegspropaganda auf Schallplatte, 1914-1918“, Vortrag: Michael M. Lang, mit Einspielungen von Originalaufnahmen, Ak 5,-. Ort: Museum für Angewandte Kunst, 19 Uhr.

**So., 25. Januar Heinrich Heine: Von Lieb und Leid, von Gott und Teufel.** Romantikabend mit Sibylle Kuhne (Sprache), Dagmar Severt & Lothar Fischer (Akkordeon), dazu Menü in 3 Gängen, nur Vvk 38,-. Ort: Goldmund, 19 Uhr.

**Di., 27. Januar Kultur in Trümmern. Gedenkveranstaltung des**

**Trägerkreises zum Auschwitz-Gedenken,** Mit-VA: Friedensbildungswerk, anschl. Mahngang zum Denkmal der Opfer der NS-Militärjustiz (EL-DE-Haus). Ort: Antoniterkirche, Schildergasse, 18 Uhr.

**Mi., 28. Januar Mehr Stadtbahn für Köln. Perspektiven zum Ausbau des Kölner Stadtbahnnetzes,** Diskussion mit Vertretern von KVB u. Stadt Köln, VA: VCD Regionalverband. Ort: Großes Forum, Alte Feuerwache, 19 Uhr.

**Do., 29. Januar Im Blick: 1945 und die Folgen - 70 Jahre Kriegsende: Notgemeinschaft.** Krypten u. Notkirchen in der NS-Zeit und im Wiederaufbau, VA: Domforum, Treffpunkt: Hauptportal innen, St. Andreas, Komödienstr. 8, 14.30 Uhr.

**„Wir wollen den Krieg (Nie!)“** Kölns Kunst- und Museumslandschaft im Ersten Weltkrieg, Vortrag: Dr. Petra Hesse, Ak 5,-. Ort: Museum für Angewandte Kunst, 19.00 Uhr.

**Sa., 31. Januar Kölner Wirtschaft um 1914.** Vortrag: Dr. Ulrich S. Soénius, Eintritt frei. Ort: IHK, Unter Sachsenhausen 10-26, 15.00 Uhr.

**Anarchie für den Alltag hier und heute.** Vortrag von Jörg Bergstedt, membran, Mit-VA: Friedensbildungswerk, Eintritt frei. Ort: Kolbhalle, Helmholtzstr. 8-30, 17 Uhr.

**Do., 5. Februar** Sitzung des Kölner Stadtrates, 15.30 Uhr, Rathaus

## TERMINE DER FRAKTION

**Fr, 19.12., 18 Uhr**  
AK Jugend und Schule  
Sitzung bis ca. 20 Uhr, danach Jahresendfeier

Die Terminierung der AKs für 2015 ist noch nicht abgeschlossen. Alle Termine finden sich demnächst auf [www.linksfraktion-koeln.de](http://www.linksfraktion-koeln.de) und im Februar im nächsten Platzjabbeck. Alle sind herzlich eingeladen vorbeizukommen und mitzudiskutieren.

# Platzjabbeck

Bitte **kostenlos** schicken

Ja, ich möchte regelmäßig Informationen über die Arbeit der Fraktion DIE LINKE. Köln im Rat der Stadt Köln erhalten. Bitte schicken Sie den „Platzjabbeck“ kostenlos und unverbindlich an folgende Adresse:

.....  
Name, Vorname

.....  
Straße, Postleitzahl, Ort

DIE LINKE., Fraktion im Rat der Stadt Köln  
Gülichplatz 1-3, Postfach 103 564, 50475 Köln  
Tel. 22 1-278 40, Fax 22 1-278 41  
E-Mail: Dielinke@stadt-koeln.de V.i.S.d.P. Jörg Detjen

## Bürgerhaushalt kommt in Schwierigkeiten

Die Beteiligung am diesjährigen Bürgerhaushalt war nicht gut. 664 Vorschläge wurden eingereicht. Das ist keine Verbesserung gegenüber dem letzten Bürgerhaushalt. Damit kommt das Projekt in ernsthafte Schwierigkeiten. Beim ersten Bürgerhaushalt 2007/2008 wurden fast 5.000 Vorschläge gemacht. Über 10.000 Menschen beteiligten sich. Jetzt sind es noch 3.900 Personen.

Diesmal standen die Stadtbezirke im Mittelpunkt. Der Beirat des Bürgerhaushaltes hatte zusammen mit der Verwaltung den Vorschlag erarbeitet, den Bezirken einen festen Betrag von 100.000 Euro zu geben, über den sie verfügen konnten. Dieser Vorschlag sollte die Bezirksvertretungen motivieren, kräftig für den Bürgerhaushalt zu mobilisieren. SPD und Grüne stopten

diesen Vorschlag vor der Sommerpause und brachten dann im Oktober einen Antrag ein, auf das bezirkliche Zugriffsverfahren zu verzichten. Mehrere Bezirksvertretungen monierten das zu Recht. Da war es aber schon zu spät; der Bürgerhaushalt startete bereits.

Sicher wäre ein Zugriffsverfahren der Bezirksvertretungen nicht schlecht gewesen. Das hätte das Problem der sinkenden Beteiligung aber auch nicht aus der Welt geschafft. Wie können wir in Zukunft den Bürgerhaushalt stark machen? Auf jeden Fall nicht dadurch, dass man nur Sparvorschläge einbringen darf. Wichtig ist auch endlich Transparenz darüber herzustellen, wann, wie und zu welchem Zeitpunkt beschlossene Vorschläge umgesetzt werden.

Jörg Detjen

WIR LADEN  
DICH/SIE ZUM  
NEUJAHREMPFANG  
DER FRAKTION EIN

**Mittwoch, 14. Januar 2015 ab 18.00 Uhr  
im Rathaus, Spanischer Bau,  
im Foyer der Ständesamtsräume**  
(wird ausgeschildert)

Ulla Lessmann liest ihren satirischen Kurzkrimi  
„Die Entsorgung“.

Für Buffet und Getränke ist gesorgt.

*Wir bitten um eine kurze Rückmeldung*



[koelner-helfen.de](http://koelner-helfen.de)

Sofort Spenden

SMS an 81190 Stichwort kölnerhelfen

Spendenkonto: Kinderhilfe Mesopotamien e.V.

Stichwort: kölnerhelfen

Köln Bank, Konto-Nr.: 544516019

BLZ: 37160087

IBAN: DE60371600870544516019 BIC: GENODE1CGN

Wir wünschen allen  
Lesern und Leserinnen  
des Platzjabbeck  
schöne Feiertage und  
einen guten Rutsch!